

Das Ende der Denkverbote – Debatte über Arbeitszeiten wird entideologisiert

21.02.2006, 13:22 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *medienbüro.sohn*

Bonn/Düsseldorf – Wer im Alter finanziell einigermaßen über die Runden kommen will, muss länger arbeiten als bisher. Diese Erkenntnis hat sich mittlerweile nicht nur bei den meisten Arbeitsmarktexperten, sondern auch schon bei vielen Arbeitnehmern Bahn gebrochen. Bestes Beispiel für diese Entwicklung: Die Bundesregierung plant die schrittweise Einführung der Rente mit 67. Anders als in früheren Zeiten ist der ganz große Aufschrei der Betroffenen und der Lobbyisten in den Gewerkschaften ausgeblieben. Doch auch diese Reform werde die Probleme der Rentenversicherung nicht lösen, meint Joachim Ragnitz, Abteilungsleiter am Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) <http://www.iwh-halle.de> in Halle. Selbst bei einer vollständigen Umsetzung der Rentenreform von Schwarz-Rot werden im Jahr 2030 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 36 Rentner kommen.

Eine Verringerung des durchschnittlichen Rentenniveaus sei daher unvermeidbar. Die Arbeitnehmer wissen, dass ihre Rente demnächst wahrscheinlich nur noch für die Grundsicherung reicht. Mit Blick auf die grundlegenden Systemmängel umlagefinanzierter Rentenversicherungssysteme sei eine ergänzende Ersparnis auch sinnvoll, so Ragnitz in einem Gastkommentar für das Handelsblatt <http://www.handelsblatt.de>. Doch der Wirtschaftsforscher weist auch darauf hin, dass weite Teile der Bevölkerung dies finanziell gar nicht stemmen können, da sie zu wenig verdienen. Außerdem haben etliche Arbeitnehmer unrealistische und zu hohe Vorstellungen über ihre zukünftige Rente: „Zu befürchten ist daher, dass viele Menschen im Alter nur über sehr niedrige Einkünfte verfügen werden.“

Die Lösung für dieses Problem ist denkbar einfach, wird jedoch kaum öffentlich diskutiert: „Freiwillig länger arbeiten“. Wer länger arbeiten möchte, müsse dies auf freiwilliger Basis tun können. Und damit erwerbe er dann automatisch höhere Rentenansprüche. Wer vorher ausscheiden wolle, dem werde dies – unter entsprechender Kürzung seiner Ansprüche – ebenfalls möglich gemacht. Der IWH-Forscher ist sich bewusst, dass angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen Zweifel an seinem Konzept angebracht sind. Doch er entkräftet diese Skepsis mit Verweis auf die demographische Entwicklung: „Der absehbare Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um mehr als 15 Prozent bis zum Jahr 2035 – dann erreichen die letzten geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter – wird zu einem erheblichen Mangel an Fachkräften führen. Und dies wiederum wird die Unternehmen von sich aus dazu bewegen, auch ältere Personen zu beschäftigen.“

Udo Nadolski, Geschäftsführer des Düsseldorfer Beratungshauses Harvey Nash <http://www.harveynash.de>, befürwortet die Thesen von Ragnitz. „Wenn es um längere Arbeitszeiten geht, werden häufig gerade die Beispiele angeführt, die gegen eine Verlängerung sprechen. Selbstverständlich können körperlich oder im Akkord arbeitende Menschen nicht bis 70 arbeiten. Doch die Automatisierung und Technisierung hat es mit sich gebracht, dass viele Menschen nur einen Schreibtisch und einen Computer für ihre Arbeit benötigen. Warum sollte man es ihnen verbieten, ein paar Jahre länger zu arbeiten? Insbesondere bei Fachkräften werden wir in Zukunft nicht daran vorbeikommen, dass Potenzial älterer Arbeitskräfte besser auszuschöpfen. Außerdem halte ich es für sozial gerechter, wenn Menschen auch die Chance gegeben wird, mehr Geld für das eigene Alter anzusparen“, so Nadolski.

Generell rückt die Öffentlichkeit immer mehr ab von ideologischen Debatten über die Arbeitszeit. Die Zeit der Tabus und Denkverbote sei hoffentlich vorbei. Entscheidend sei die Flexibilität bei den Arbeitszeiten, betont Jürgen Riese, Geschäftsführer von exemptec <http://www.exemptec.com> und Vertriebsleiter der a & o-Gruppe <http://www.ao-services.de>: „Die Bereitschaft, mehr zu arbeiten, wenn die Umstände es verlangen, ist eine Voraussetzung für Jobsicherung und Wachstum.“ Riese verweist auf eine Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) <http://www.dihk.de>. Bereits zwei Drittel der deutschen Betriebe hätten ihre Arbeitszeiten flexibilisiert. Erforderlich sei ein Korridor, der phasenweise höhere Wochenstundenzahlen ermögliche. Wichtig ist, dass diese Vorhaben nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch von den Arbeitnehmern getragen werden. Rationale

Erwägungen sprechen dafür, dass die sich auf Dauer nicht verweigern werden. Denn nur derjenige sichert seine Rente oder seinen Arbeitsplatz, der sich auf flexible Modelle einlässt und auch zu einer längeren Wochen- oder Lebensarbeitszeit bereit ist.

medienbüro.sohn
V.i.S.d.P: Gunnar Sohn
Ettighoffer Strasse 26a
53123 Bonn
Germany

Portrait

medienbuero@sohn.de

News-ID: 77692 • Views: 101 (Stand: 05.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/77692/Das-Ende-der-Denkverbote-Debatte-ueber-Arbeitszeiten-wird-entideologisiert.html>